



Kiel, 18. Dezember 2015

Nr.: 10 /2015

Aus dem Landtag (38. Tagung 16. bis 18. 12. 2015)

Landeshaushalt 2016

Ausgaben von knapp 11,06 Mrd. Euro (das sind 6,6 % mehr als 2015), 273 Mio. Euro Neuverschuldung – 39 Mio. Euro unter der mit dem Bund vereinbarten Verschuldungsgrenze – und damit klare Einhaltung der Schuldenbremse: Diesen Haushalt hat der Landtag mit den Stimmen der Koalition verabschiedet. 816 Mio. Euro sind für die Bewältigung des Flüchtlingszuzugs vorgesehen. Dafür gibt es insgesamt 1001 zusätzliche Stellen bei Polizei, Lehrkräften, im Amt für Ausländerangelegenheiten, bei den Verwaltungsgerichten. Allein die Polizei erhält 200 neue Stellen und 125 Ausbildungsstellen, denn für neue Aufgaben soll es auch zusätzliches Personal geben. Der ursprünglich vorgesehene Abbau von 122 Polizeistellen ab 2018 wird gestrichen. Die Polizei erhält zudem eine erneute Erhöhung der Erschwerniszulage und Berufsanfänger starten künftig in einer höheren Gehaltsgruppe. Ab 1. August werden 50 neue Referendarstellen geschaffen, schon ab 1. Februar gibt es 280 weitere Lehrerstellen. Das Amt für Ausländerangelegenheiten erhält 297 neue Stellen.

Ein Großteil der Mittel für Flüchtlinge wird an die Kommunen gehen; so wird z. B. die Integrationspauschale auf 1.000 Euro ab 1. Januar und auf 2.000 Euro pro Flüchtling ab 1. März erhöht.

Für den Wohnungsbau werden 12 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, weil wir mehr Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen brauchen. Für Krankenhäuser gibt es Investitionszuschüsse. Kommunale Schwimmhallen und -bäder werden mit 2 Mio. Euro weiter gefördert.

Für Investitionen in Infrastruktur haben wir das Programm IMPULS 2030 aufgelegt (<http://www.spd.ltsh.de/blog/infrastrukturprogramm-impuls-2030>).

Dieser Haushalt wurde unter schwierigen Voraussetzungen aufgestellt, denn wir wissen nicht,

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

wie sich die Flüchtlingszahlen, derzeit die größte Herausforderung, im nächsten Jahr entwickeln. Doch wir zeigen erneut, dass wir Prioritäten setzen – Bildung, gute Arbeit, Klimaschutz, Infrastruktur. Wir machen Politik für alle Menschen, treffen Vorsorge und werden unserer humanitären Verpflichtung gerecht.

Die Rede von Ralf Stegner zum Haushalt 2016: <http://www.spd.ltsh.de/presse/solide-finanzen-klarere-kurs>

Die Haushaltsanträge der Koalition:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/5200/umdruck-18-5285.pdf>

Hochschulgesetz

Eigenverantwortung der Hochschulen, Mitbestimmung und bessere Studierbarkeit sind die Eckpfeiler der Änderung des Hochschulgesetzes, die der Landtag mit den Stimmen der rot-grün-blauen Koalition beschlossen hat.

„Wir stärken die Fachhochschulen; wir führen ein Promotionskolleg ein, das es deren Studierenden ermöglicht, in Kooperation mit Universitäten den Dokortitel zu erwerben. Wir verbessern die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten einschließlich der studentischen Hilfskräfte und schaffen Karrierewege. Und wir verbessern die Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten“, so Martin Habersaat, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Die Küstenkoalition hat mit ihren Anträgen Konsequenzen aus den zahlreichen Stellungnahmen in der schriftlichen und mündlichen Anhörung und aus vielen Gesprächen mit den Lehrenden, Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschulen gezogen und ein umfangreiches Antragspaket eingebracht.

Da Hochschulen aus Steuermitteln finanziert werden, sind sie zur Transparenz verpflichtet. Die Koalition hält es nicht mehr für zeitgemäß, zwischen einer Hochschulöffentlichkeit und einer allgemeinen Öffentlichkeit zu unterscheiden; ausgenommen sind Ausschreibungen.

Neu ist in dem Gesetz, dass ein Erweiterter Senat eingerichtet wird, der all das mit Parität entscheiden soll, was nicht unter die Privilegierung von Forschung und Lehre fällt; für letztere Bereiche ist der Senat zuständig, der Teil des Erweiterten Senats ist.

Die neu einzurichtenden Ethikkommissionen, in denen auch Studierende vertreten sind, sind Ausschüsse der Senate, die über die Ergebnisse von Forschungstätigkeiten, die mit Drittmitteln



Martin Habersaat und Ralf Stegner beim Besuch der CAU im Gespräch mit Uni-Präsident Prof. Dr. Lutz Kipp und Studentinnen



...und beim Besuch der FH Lübeck

finanziert werden, vertraulich berichten. Das halten wir für wichtig, weil die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung gesellschaftlichen Fortschritt, gleichzeitig aber auch schwere Gefahren für die Gesellschaft bedeuten.

Die Lebenssituation der Studierenden ist heute anders als früher. Die Bologna-Reformen haben auch zu einer stärkeren Reglementierung des Studiums geführt, die für viele Studierende schwer mit ihren Lebensumständen zu vereinbaren ist. Die Anwesenheitspflicht als Teilnahmevoraussetzung für Prüfungsleistungen ist deshalb im neuen Gesetz nicht mehr vorgesehen. Sie bleibt erhalten bei Exkursionen, Sprachkursen, Praktika/Praxissemestern, praktischen Übungen oder vergleichbaren Veranstaltungen. Das Horrorgemälde eines Studiums, in dessen Verlauf nie ein Seminar besucht wurde, ist Quatsch. Die Prüfungsleistung muss immer erbracht werden, sie besteht schon heute nicht mehr aus der reinen Anwesenheit. „Uns kommt es nicht allein auf Wissen an, sondern auf Erkenntnis. Diese ist, dass Lernen freiwillig besser funktioniert“, sagt Martin Habersaat.

Mit der Verabschiedung des Hochschulgesetzes beenden wir ein insgesamt gutes Jahr für die Hochschulen in Schleswig-Holstein. Diese erhalten in der Grundfinanzierung zusätzlich 25 Mio. Euro bis 2019. Nach Auslaufen des Hochschulpaktes III, den Bund und Land mit je 225 Mio. Euro unterstützen, bleiben 30 Mio. Euro jährlich bei den Hochschulen. Für den Hochschulbau gibt es 83 Mio. Euro und mit der CAU wurde eine Sanierungsvereinbarung über 165 Mio. Euro geschlossen. Zudem hat die Koalition Mittel für studentisches Wohnen bereitgestellt.

Rede des bildungspolitischen Sprechers Martin Habersaat: <http://www.spd.ltsh.de/presse/ein-gutes-hochschulgesetz>

Flüchtlinge

Aktuelle Informationen und Zahlen zum Thema Zuwanderung von Flüchtlingen gibt es hier: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/_startseite/Artikel/FluechtlingeSH.html

Termine

19. Januar 2016, 19 Uhr, Traum GmbH, Kiel, Grasweg, Neujahrsempfang der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes